ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lorenz, Luisa; Potrafke, Niklas; Tubes, Julia

Article

Die Vorhaben der neuen Regierungen in Sachsen und Thüringen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Lorenz, Luisa; Potrafke, Niklas; Tubes, Julia (2014) : Die Vorhaben der neuen Regierungen in Sachsen und Thüringen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 23, pp. 13-17

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/165514

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Vorhaben der neuen Regierungen in Sachsen und Thüringen

Luisa Lorenz, Niklas Potrafke und Julia Tubes

Sowohl in Sachsen als auch in Thüringen sind neue Regierungen ins Amt gekommen. In Sachsen regieren nun CDU und SPD in einer Großen Koalition, in Thüringen sorgte die rot-rot-grüne Koalition durch die Wahl des ersten Ministerpräsidenten der Linkspartei schon im Vorfeld für Diskussionen.

Werden die neuen Regierungen auch wirklich andere Politikstile verfolgen? Wir dokumentieren die in den Koalitionsverträgen formulierten Hauptvorhaben und deren zu erwartende Kosten und diskutieren, inwieweit sich Politikwechsel vollzogen haben.

Sachsen

Zu den wichtigsten Vorhaben der Großen Koalition zählen mehr Neueinstellungen bei Lehrern und Polizisten sowie die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten (vgl. CDU-Landesverband Sachsen und SPD-Landesverband Sachsen 2014).

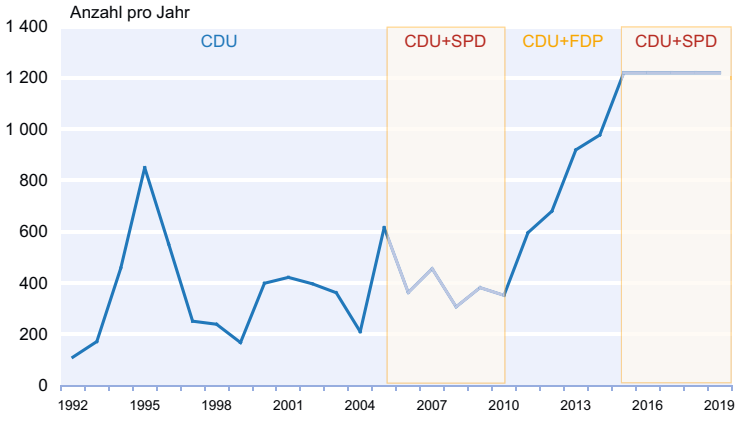
Als prioritäre Maßnahme hat die sächsische Regierung im Koalitionsvertrag die unbefristete Einstellung von mindestens 6 100 neuen Lehrkräften bis 2019 beschlossen.

Abbildung 1 zeigt den Verlauf der jährlichen Neueinstellungen von Lehrern in Sachsen ab 1992. Vor allem Mitte der 1990er Jahre schwankte die Zahl der Neueinstellungen stark. Während 1995 noch 850 Lehrkräfte neu beschäftigt wurden, verringerte sich die Zahl der Neueinstellungen innerhalb von vier Jahren auf 168. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die sinkenden Schülerzahlen zurückzuführen, die kaum Neueinstellungen bei den Lehrkräften zuließen (vgl. Staatsministerium für Kultus Freistaat Sachsen 2014, S. 3). Durchschnittlich wurden unter den CDU-Regierungen von 1992 bis 2004 353 neue Lehrer pro Jahr beschäftigt. Diese Zahl erhöhte sich unter der Großen Koalition 2004 bis 2009 auf 425 Neueinstellungen jährlich.

Mit bildungspolitischen Investitionen wollen Parteien bei ihren Wählern punkten und damit günstige Voraussetzungen für eine Wiederwahl schaffen. In einer empirischen Studie untersuchen Tepe und Vanhuysse (2009) den Zusammenhang zwischen Wahlzyklen und Lehrerneueinstellungen in den deutschen Bundesländern zwischen 1992 und 2004. Dabei wird auch die ideologische Ausrichtung der Regierung berücksichtigt. Nach der *Partisan Theory* sollten die Investitionen in Lehrpersonal unter linken Regierungen höher ausfallen als unter rechten Regierungen. Die Studie zeigt, dass Lehrerneueinstellungen in Wahljahren tendenziell höher sind. Aber auch nach der Wahl können Investitionen in Lehrpersonal steigen. Dieser Honeymoon-Effekt tritt dann auf, wenn neu ins Amt gekommene Regierungsparteien kurzzeitig Erfolge erzielen möchten, indem sie ihre Wahlversprechen schnell umsetzen. Die ideologische Ausrichtung der Regierung scheint die Lehrerneueinstellungen allerdings nicht zu beeinflussen.[1] In Sachsen lässt sich in den Wahljahren 2009 und 2014 zwar ein Anstieg der Lehrerneueinstellungen im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren beobachten, die relativen Veränderungen sind allerdings sehr gering. Dennoch stellte die von 2009 bis 2014 amtierende schwarz-gelbe Regierung mit jährlich 705 Lehrern durchschnitt-

[1] Rechte Regierungen haben in den deutschen Bundesländern mehr als linke Regierungen für Universitäten ausgegeben und Studiengebühren eingeführt (vgl. Oberndorfer und Steiner 2007; Potrafke 2011; Kauder und Potrafke 2013).

Abb. 1
Jährliche Neueinstellungen von Lehrern



Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Einstellung von Lehrkräften.

lich das meiste Personal seit dem Jahr 1992 ein. 2013 war der Anstieg besonders ausgeprägt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden knapp 240 zusätzliche Lehrkräfte beschäftigt. Wie Tepe und Vanhuysse (2009) feststellen, kann bereits hier Wahlkampftaktik eine Rolle gespielt haben. Zwar wurde 2013 nicht gewählt, doch spielen Wiederwahlmotive bereits in Vorwahljahren eine Rolle.

Bei einem monatlichen Durchschnittsgehalt[2] von 4 545 Euro kosten 1 200 neue Lehrerstellen ca. 65 Mill. Euro pro Jahr. Insgesamt würden alle 6 100 Stellen ca. 333 Mill. Euro kosten.[3] Grundlage der Berechnung ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (vgl. DBB Beamtenbund und Tarifunion 2014), der für Grund- und Oberschulen Entgeltgruppe 11 und für Förderschulen, Gymnasien und berufsbildende Schulen Entgeltgruppe 13 vorsieht. Außerdem gehen wir bei unserer Kostenkalkulation davon aus, dass für Lehrkräfte mit einer Ausbildung nach DDR-Recht keine tariflichen Eingruppierungsunterschiede gegenüber den nach neuem Recht ausgebildeten Lehrkräften bestehen.

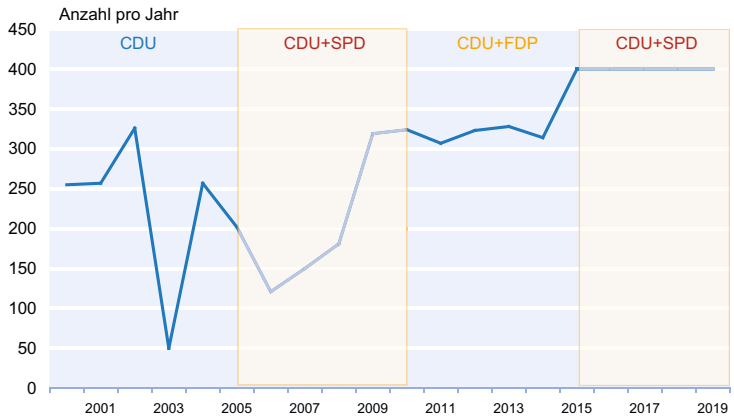
Auch der Einstellungskorridor bei der sächsischen Polizei soll in den nächsten Jahren von 300 auf 400 Polizisten pro Jahr erhöht werden. Der im Jahr 2010 beschlossene Stellenabbau wurde wieder zurückgenommen. Grundsätzlich folgt die neugewählte Regierung damit der Tendenz der zurückliegenden Jahre, in denen das Kontingent der Neueinstellungen bei der sächsischen Polizei kontinuierlich erhöht wurde. Mehr Neueinstellungen bei der Polizei unter einer Großen Koalition sind dennoch bemerkenswert, vor allem, wenn man die Entwicklung seit 1992 betrachtet. In der Vergangenheit war der Einstellungskorridor bei der Polizei unter rechten Landesregierungen tendenziell höher als unter linken Landesregierungen (vgl. Tepe und Vanhuysse 2013). Auch dieser Effekt lässt sich am Beispiel Sachsens gut nachvollziehen. Während der Regierungszeit von CDU und FDP wurden durchschnittlich die meisten Polizisten seit 2000 eingestellt, 319 pro Jahr. Die zuvor amtierende schwarz-rote Koalition stellte dagegen jährlich durchschnittlich nur 195 neue Polizisten ein.

Die CDU/FDP-Regierung hat 2009 einen konstanten Einstellungskorridor von 300 neuen Polizeianwärtern pro Jahr festgesetzt. In den Angaben sind Fluktuationen miteinberechnet. Die Zahl der Neueinstellungen kann von der Zahl derer abweichen, die tatsächlich die jeweilige Laufbahnausbildung erfolgreich absolviert haben.

Aus Abbildung 2 lässt sich eine weitere Schlussfolgerung ableiten, die Tepe und Vanhuysse (2013) thematisiert haben. Insbesondere in den Wahljahren, 2004 und 2009, stieg die Anzahl der neueingestellten Polizisten stark. 2004 wurden im Vergleich zum Vorjahr über 200 zusätzliche Polizisten beschäftigt. 2009 belief sich die Differenz zum Vorjahr auf knapp 140. Im Wahljahr 2014 konnten die Neueinstellungen wegen des festgesetzten Korridors nicht unmittelbar erhöht werden. Das Wahlversprechen einer Erhöhung des Einstellungskorridors wurde aber schließlich in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

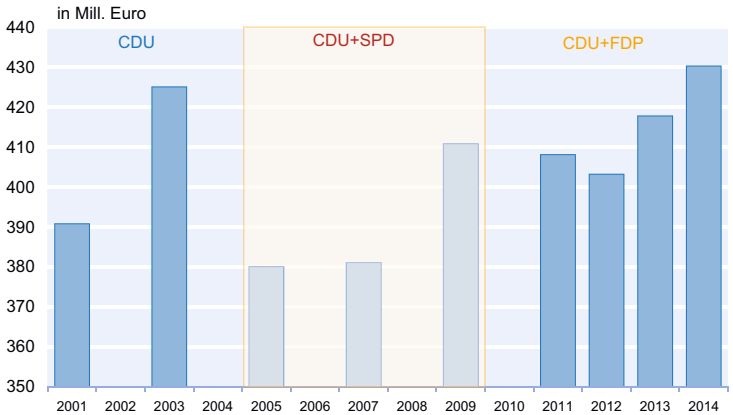
Die steigenden Einstellungen von Polizeipersonal im Zuge von Wahlen spiegeln sich auch in den geplanten Personalausgaben der jeweiligen Doppelhaushalte wider. Im Jahr 2003 wurden im Vergleich zum vorhergehenden Haushalt

Abb. 2
Jährliche Neueinstellungen von Polizisten



Quelle: Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen, Referat 33 Ausbildung, Prüfungswesen, Auswahlteam.

Abb. 3
Personalausgaben Polizei



Quelle: Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Doppelhaushalte des Freistaates Sachsen.

[2] Nach Altersgruppen gewichteter Mittelwert über alle Entgeltgruppen der angestellten Lehrer im Schuljahr 2013/2014 in Grundschulen, Oberschulen, Förderschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen.

[3] Wenn der von der neu ins Amt gekommenen Großen Koalition versprochene Stellenaufbau gleichmäßig erfolgt, werden 1 220 Lehrkräfte pro Jahr eingestellt.

34 Mill. Euro zusätzlich veranschlagt. Im Jahr 2009 waren es ca. 30 Mill. Euro mehr als noch zwei Jahre zuvor. Zwar sind ab 2012 noch keine Ist-Werte verfügbar, doch deuten die Soll-Werte darauf hin, dass die Ausgaben im Wahljahr 2014 gestiegen sind. Die Große Koalition 2004–2009 hat durchschnittlich seit 2001 am wenigsten in das Personal der Polizei investiert, nämlich ca. 391 Mill. Euro pro Doppelhaushalt. 2014 erreichten die Ausgaben mit 430 Mill. Euro einen Höchststand seit 2001.

Ein weiterer zentraler Punkt im sächsischen Koalitionsvertrag ist das Absenken des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten. Hierbei handelt es sich um einen standardisierten Personalschlüssel, eine Relation von Vollzeitäquivalent der betreuten Kinder (Vollzeitbetreuungsäquivalent) zum Vollzeitäquivalent der dort beschäftigten Personen (Vollzeitbeschäftigungsäquivalent) für die verschiedenen Gruppenarten (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, S. 5, 7).

Eine Darstellung des Personalschlüssels in Sachsen über die Zeit ist aufgrund des Fehlens von fundierten Daten, durch Änderung der Berechnung des Schlüssels in den letzten Jahren und die dadurch resultierende mangelnde Vergleichbarkeit nicht möglich (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, S. 5, 7).

Das sächsische Landesgesetz gibt für die Kinderkrippe (Kinder unter drei Jahren) einen Personalschlüssel von 1:6 und für den Kindergarten (Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt) einen Schlüssel von 1:13 (SächsKitaG §12 Absatz (2)) vor. Das Leitungspersonal wird hierbei nicht miteinberechnet.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass der Betreuungsschlüssel bis zum 1. September 2015 in Kindergärten auf 1:12,5 und bis zum Jahr darauf auf 1:12 abgesenkt werden soll. In den Kinderkrippen soll das Betreuungsverhältnis bis 2018 zunächst auf 1:5,5 und dann auf 1:5 verbessert werden.

Die Bertelsmann Stiftung (2014a, S. 221) verzeichnet in ihrem Ländermonitor für Sachsen einen Personalschlüssel, ohne Einberechnung von Leitungsstunden, von 1:13,5 im Kindergarten und 1:6,6 in der Kinderkrippe (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014b, Tab. 43a2). Sachsen weist damit einen deutlich schlechteren Betreuungsschlüssel als der ostdeutsche Durchschnitt auf, denn in anderen ostdeutschen Krippen muss sich eine Erzieherin durchschnittlich nur um 6,3 Kinder kümmern, im Westen sogar nur um 3,8. Auch der Personalschlüssel in den Kindergärten liegt vier Kinder über dem Bundesdurchschnitt.

Wenn man von den von der Bertelsmann Stiftung ermittelten Personalschlüsseln im Ist ausgeht und die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schlüssel erreichen möchte, müssten insgesamt 5 847 neue Betreuungskräfte eingestellt werden, 2 025 für den Kindergarten und 3 822 für die Kinderkrippe. Unter Rückgriff auf die von der Bertelsmann Stiftung ermitteln Personalkosten würde dies Sachsen insgesamt 255 Mill. Euro kosten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014c).

Außerdem plant die sächsische Regierung, die Kita-Pauschale von 1 875 Euro auf 2 060 Euro pro Kind und Jahr zu erhöhen. Dadurch würden die jährlichen Landeszuschüsse, die in den Jahren 2013 und 2014 noch bei 412 beziehungsweise 427 Mill. Euro lagen, auf fast 500 Mill. Euro steigen (vgl. Staatsministerium der Finanzen Freistaat Sachsen 2014).

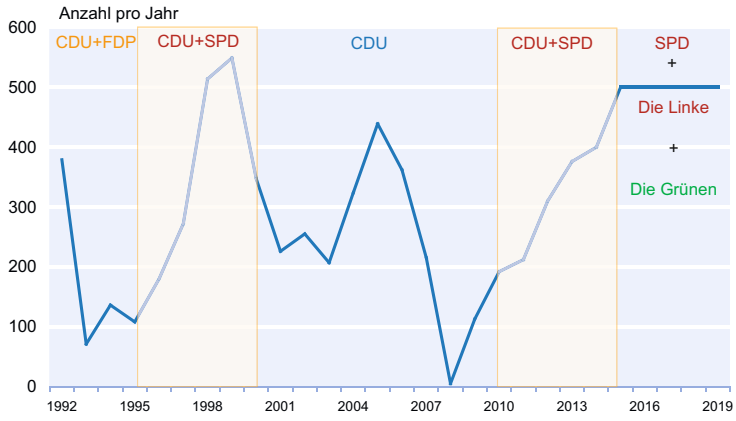
Laut Koalitionsvertrag stehen alle Maßnahmen unter dem Vorbehalt eines soliden Haushalts. Mit Ausnahme des Jahres 2012 hat der Freistaat Sachsen seit 2006 netto keine neuen Kredite aufgenommen, sondern jährlich Schulden getilgt (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2014). Offen bleibt allerdings, wie die kostenträchtigen Maßnahmen finanziert werden sollen, denn auch in den kommenden Jahren will das Bundesland auf neue Schulden verzichten.

Thüringen

Zu den zentralen Beschlüssen im Koalitionsvertrag Thüringens zählen ebenfalls die Erhöhung der jährlichen Lehrerneueinstellungen sowie eine Kostenerleichterung für Eltern, deren Kinder eine Kindertagesstätte besuchen. Diese und alle weiteren Maßnahmen sollen ohne neue Schulden finanziert werden.

Die Koalition aus der Linken, der SPD und den Grünen plant jährlich 500 neue Lehrer einzustellen. Das wären in dieser

Abb. 4
Jährliche Einstellungen von Lehrern



Quelle: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Einstellung von Lehrkräften.

Legislaturperiode insgesamt 2 500 Neueinstellungen.

Abbildung 4 macht deutlich, dass nur in den letzten Jahren der Regierungszeit von CDU und SPD, in den Jahren 1998 und 1999, mehr als 500 Lehrer pro Jahr eingestellt wurden. An dieser Stelle ist der Wahlzyklus bei den Lehrerneueinstellungen (vgl. Tepe und Vanhuysse 2009) besonders deutlich erkennbar. Mit Blick auf die Landtagswahl ein Jahr später stellte die Große Koalition 1998 knapp 250 zusätzliche Lehrkräfte im Vergleich zum Vorjahr ein. Diese Regierung stellte seit 1992 durchschnittlich die meisten Lehrer ein, 325 jährlich. Im ostdeutschen Vergleich lag Thüringen damit nur hinter Sachsen, das mit durchschnittlich 412 Lehrern pro Jahr den höchsten Wert bei den Neueinstellungen in diesem Zeitraum vorweisen konnte.

Abbildung 4 zeigt ebenso, dass während der Regierungszeiten der Großen Koalition, von 1995 bis 1999 und von 2009 bis 2014, die Neueinstellungen stetig gestiegen sind. In beiden Fällen von um die 100 pro Jahr auf 400 bzw. 500. In der Zeit, in der die CDU mit der FDP bzw. allein regierte, sanken die Lehrerneueinstellungen deutlich. Im Jahr 2008 wurden sogar nur fünf Lehrkräfte in ganz Thüringen eingestellt. Dennoch könnten die Zahlen aus dem Wahljahr 2004 auf einen Wahlzykluseffekt (vgl. Tepe und Vanhuysse 2009) hinweisen. Bei der Erhöhung des Einstellungskorridors um knapp 120 zusätzliche Lehrkräfte im Vergleich zum Jahr 2003 könnte für die amtierende CDU das Wiederwahlmotiv eine übergeordnete Rolle gespielt haben.

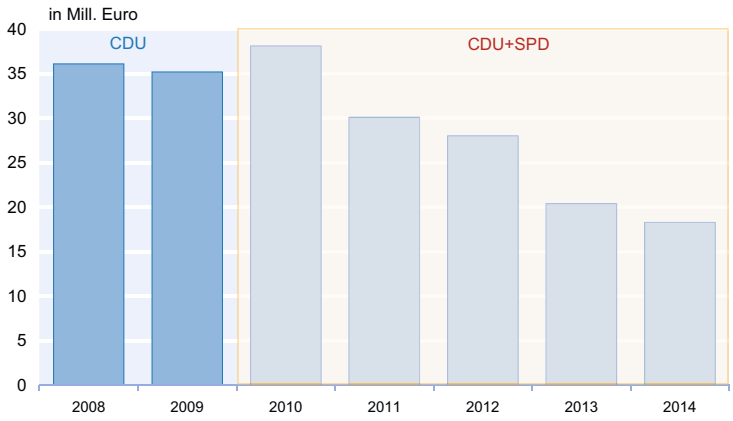
Bei einem monatlichen durchschnittlichen Lehrergehalt[4] in Thüringen von 4 436 Euro würden bei 500 Neueinstellungen Kosten von ca. 27 Mill. Euro auf das Land Thüringen zukommen. Auf die gesamte Legislaturperiode gesehen, würden für die insgesamt 2 500 zusätzlichen Lehrkräfte ca. 133 Mill. Euro anfallen. Auch an dieser Stelle gehen wir bei unserer Kalkulation davon aus, dass für Lehrkräfte mit einer Ausbildung nach DDR-Recht keine tariflichen Eingruppierungsunterschiede gegenüber den nach neuem Recht ausgebildeten Lehrkräften bestehen.

Die neue Koalition plant, das erste Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen. Im Gegenzug dazu soll das Thüringische Erziehungsgeld abgeschafft werden.

Ende der 1980er Jahre führten nur die CDU- bzw. CSU-geführten Länder Baden-Württemberg und Bayern ein Landeserziehungsgeld ein. Die neuen Bundesländer Sachsen (damals CDU-regiert) und Thüringen (CDU-FDP-geführt) folgten 1994. In Thüringen wird dieses Geld zwölf Monate im Anschluss an das Bundeselterngeld ausgezahlt, wenn ein Kind gar nicht oder nicht mehr als fünf Stunden täglich in einer Kindertageseinrichtung betreut wird. Es beträgt monatlich pro Kind 150 Euro und erhöht sich, wenn ältere Geschwister vorhanden sind (vgl. Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit 2010). 2006 wurde das Landeserziehungsgeld in Thüringer Erziehungsgeld umbenannt.

Abb. 5

Ausgaben für Erziehungsgeld



Quelle: Landeshaushaltspläne Freistaat Thüringen

Abbildung 5 zeigt die Ausgabenentwicklung für das Thüringer Erziehungsgeld seit 2008, wobei es sich bei den Werten ab 2012 um Soll-Werte handelt. 2008 bis 2010 lagen die Werte noch deutlich über 35 Mill. Euro im Jahr. Seit dem Amtsantritt von CDU und SPD wurden die Ausgaben deutlich reduziert. 2014 sind 18 Mill. Euro veranschlagt – 52% weniger im Vergleich zu 2010.

Laut Koalitionsvertrag sollen diese und alle weiteren Maßnahmen ohne neue Schuldenaufnahmen umgesetzt und Haushalte ohne Nettokreditaufnahme beschlossen werden.

Seit 1991 wurden nur in den Jahren von 2007 bis 2009 unter der Alleinregierung der CDU keine neuen Schulden aufgenommen. Die meisten Schulden wurden 1994 unter CDU und FDP aufgenommen, ca. 2 Mrd. Euro. Die bis 2014 regierende Große Koalition nahm durchschnittlich die wenigsten Schulden auf, 40 Mill. Euro im Jahr. Ab 2012 konnten sogar Überschüsse von bis zu 300 Mill. Euro erzielt und zum ersten Mal seit der Wende Schulden abgebaut werden.

In der Zeit von 1991 bis 2014 lagen Thüringens Schuldenneuaufnahmen deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Im Durchschnitt nahmen die ostdeutschen Länder jährlich 536 Mill. Euro neue Schulden auf, Thüringen dagegen nur 328 Mill. Euro. Es ist damit auch das Land, das sich durchschnittlich am wenigsten neu verschuldet hat.

[4] Nach Altersgruppen gewichteter Mittelwert über alle Entgeltgruppen der angestellten Lehrer im Schuljahr 2013/2014 in den verschiedenen Schulformen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die hier diskutierten Vorhaben der neuen Landesregierung in Sachsen eher von Kontinuität gekennzeichnet sind. Die versprochenen 6 100 Neueinstellungen bis 2019 stellen ein ambitioniertes Ziel dar. Nachdem die Vorgängerregierung aus CDU und FDP bereits in den Vorjahren die Neueinstellungen deutlich erhöht hatte, setzt sich die neugewählte Regierung aus CDU und SPD zum Ziel, die Neueinstellungen auf einem hohen Niveau zu stabilisieren. Ebenso bei der Polizei folgt die Landesregierung eher der Tradition der vorherigen Legislaturperiode, auch, wenn der Einstellungskorridor immerhin um 100 zusätzliche Polizisten pro Jahr erhöht wird. Dieser Schritt überrascht insofern, als dass Polizeistellen in der Vergangenheit Herzensangelegenheit der CDU, weniger der SPD waren.

Auch in Thüringen setzt die neu gewählte Regierung gerade beim Thema Lehrkräfte eher die Politik der vorherigen Großen Koalition mit steigenden Neueinstellungen fort. Bei der frühkindlichen Bildung plant das Kabinett unter Bodo Ramelow allerdings grundlegende Änderungen.

In beiden Bundesländern bleibt offen, wie die neuen Maßnahmen finanziert werden sollen.

Literatur

Bertelsmann Stiftung (2014a), *Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2013 – Profile der Bundesländer, Sachsen,* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2014b), *Tabellen zum Ländermonitor – Stand Juli 2014,* Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2014c), »Zu wenig Erzieherinnen in Kitas: Qualität bleibt in der frühkindlichen Bildung in Sachsen oft auf der Strecke«, Pressemitteilung, 25. Juli, Gütersloh.

Bundesministerium der Finanzen (verschiedene Jahrgänge), *Finanzberichte des Bundes,* Übersicht 12: Die Ausgaben und Einnahmen der Länder, Berlin.

CDU-Landesverband Sachsen, SPD-Landesverband Sachsen (2014), *Sachsens Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen,* Stand: 23. Oktober 2014, Dresden, online verfügbar unter: http://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/11/Koalitionsvertrag-A5.pdf.

DBB Beamtenbund und Tarifunion (2014), *TV-L Lehrkräfte 2014,* Berlin

Die Linke Landesverband Thüringen, SPD-Landesverband Thüringen und Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Thüringen (2014), *Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch. Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags,* Stand: 20. November 2014.

Kauder, B. und N. Potrafke (2013), »Government Ideology and Tuition Fee Policy: Evidence from the German States«, *CESifo Economic Studies* 59, 628–649.

Oberndorfer, U. und V. Steiner (2007), »Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, 165–183.

Potrafke, N. (2011), »Public Expenditures on Education and Cultural Affairs in the German States: Does Government Ideology Affect the Budget Composition?«, *German Economic Review* 12, 124–145.

Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen, Referat 3 Ausbildung, Prüfungswesen, Auswahlteam.

Sächsisches Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (SächsKitaG) vom 27. November 2001 i.d.F. vom 17. Dezember 2005.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (2002–2014), Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Einstellung von Lehrkräften. Bonn.

Staatsministerium der Finanzen Freistaat Sachsen (2014a), »Doppelhaushalte, Einzelplan 03«, Staatsministerium des Inneren. Dresden.

Staatsministerium der Finanzen Freistaat Sachsen (2014b), »Entwurf Doppelhaushalt 2015/16«, online verfügbar unter: http://www.finanzen.sachsen.de/12536.html, aufgerufen am 13. November 2014.

Staatsministerium für Kultus Freistaat Sachsen (2014), *Lehrer/in werden in Sachsen: Hinweise des Kultusministeriums zur Entwicklung des Lehrerbedarfs,* Stand: Oktober 2014. Dresden.

Statistisches Bundesamt (2013), *Der Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen,* Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014), *Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen 2013/2014,* Fachserie 11 Reihe 1, Wiesbaden.

Tepe, M. und P. Vanhuysse (2009), »Educational Business Cycles. The Political Economy of Teacher Hiring across German States«, 1992–2004. *Public Choice* 139, 61–82.

Tepe, M. und P. Vanhuysse (2013), »Cops for Hire? The Political Economy of Police Employment in German States«, *Journal of Public Policy* 33, 165–199.

Thüringer Finanzministerium (verschiedene Jahrgänge), *Landeshaushaltsplan, Einzelplan 08: Thüringer Ministerium für Soziales, Familie, Gesundheit,* Erfurt.

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (2010), *Das Thüringer Erziehungsgeld – Eine Leistung für Familien in Thüringen,* Erfurt.

Thüringer Rechnungshof (verschiedene Jahrgänge), *Jahresberichte mit Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung und zur Haushaltsrechnung,* Erfurt.